

GPA-Stein: Sozialbericht zieht für Frauen traurige Bilanz

Utl.: Kurs der Bundesregierung lässt auch künftig keine Trendwende erwarten=

(ÖGB/GPA). GPA-Zentralsekretärin Dwora Stein bezeichnet den jüngst präsentierten Sozialbericht für das Jahr 1998 als eine "traurige Bilanz" und als eine "Widerspiegelung der eklatanten sozialen Schlechterstellung" von Frauen. Stein verweist insbesondere auf die im Bericht dokumentierten Unterschiede weiblicher Einkommen von rund 32 Prozent zu durchschnittlichen Verdiensten von Männern, wofür vor allem schlechtere Berufschancen und Vereinbarkeitsprobleme von Beruf und Familie als Gründe gelten. "Dass die FPÖ/ÖVP-Bundesregierung Frauenpolitik de facto zu Grabe getragen hat und jetzt mit fragwürdigen familienpolitischen Vorhaben als Ersatz auffährt, lässt für künftige Bestandsaufnahmen mit Sicherheit keine Trendumkehr erwarten", so Stein. ++++

Für Frauen ist der Zugang zum Berufsleben nach wie vor vergleichsweise schwierig, die Wiedereinstiegsprobleme nach der Karenz sind noch immer enorm, Benachteiligungen ergeben sich außerdem insbesondere hinsichtlich beruflicher Weiterbildung und Höherqualifizierung. Die Konsequenz davon ist, dass sich ein guter Teil der Frauen in schlecht bezahlten Jobs findet und mit oft widrigsten Rahmenbedingungen konfrontiert ist, etwa was Arbeitszeiten anlangt. Berücksichtigt man diese Situationen und insbesondere die Situationen von Alleinverdienerinnen, erscheint die Angabe des Sozialberichtes, wonach rund ein Drittel aller armutsgefährdeten ÖsterreicherInnen Kinder sind, in besonderem Licht.

"Anstatt durch gezielte Frauenförderprogramme, durch das Forcieren von Quoten, die Schaffung von Kinderbetreuungseinrichtungen etc. konsequent für eine wirkliche Chancengleichheit von Frauen und Männern einzutreten und Frauen nicht länger zu ArbeitnehmerInnen zweiter Klasse abzuwerten, fällt der Bundesregierung nichts anderes ein, als mit einer 'Zurück an den Herd-Politik' Frauen vom Arbeitsmarkt zu verdrängen.

Sozialministerin Sickl hat bereits mehr als einmal fachliche Inkompetenz und Unbedarftheit bewiesen und deutlich signalisiert, dass eine innovative Frauenpolitik in dieser Regierung keinen Platz

findet. Die GPA wird daher stärker denn je dafür eintreten, den Interessen der Frauen entsprechendes Gehör zu verschaffen, meint GPA-Zentralsekretärin Stein und unterstreicht die zentrale Forderung der GPA-Frauen nach einem einkommensabhängigen Karenzgeld, wodurch auch ernst zu nehmende Anreize geschaffen wären, vermehrt Männer zur Karenz zu bewegen.

Rückfragen:

Mag. Isabel Koberwein 01/313 93/207

eMail: isabel.koberwein@gpa.at

Rückfragehinweis: Mag. Isabel Koberwein

Tel (01) 313 93/207

e-Mail: isabel.koberwein@gpa.at

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER

VERANTWORTUNG DES AUSENDERS ***

OTS0142 2000-03-30/11:10

301110 Mär 00

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20000330_OTS0142